



picture-alliance/dpa

Merckels Euro-Politik versenkt.

Das Parlament von Zypern lehnt das »Rettungspaket« ab.

Die Wirtschaft Zyperns ist eng mit der Griechenlands verflochten, besonders im Bankensektor. Die Rezession Griechenlands – die auch ein Ergebnis von Merkels Krisenpolitik ist – hatte starke Auswirkungen auf Zypern. Bis zur Krise lag der Schuldenstand bei 48,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das ist eher moderat. Aber der viel zu große Bankensektor hat Zypern das Genick gebrochen. Daher beantragte Zypern Finanzhilfen.

Als Gegenleistung für die Finanzhilfe haben die Finanzminister der Eurogruppe eine teilweise Enteignung aller Spareinlagen beschlossen. Das Krisenmanagement bleibt sich treu: Die Bundesregierung und die Europäische Zentralbank (EZB) schützen weiter Reiche und Vermögende. Nachdem in der ersten Runde die Kosten der Finanz- und Bankenkrise von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bezahlt worden sind, werden jetzt ihre Spareinlagen herangezogen. Bislang standen die Spareinlagen unter Staatsgarantie. Wenn die – ohne jede gesetzliche Grundlage – in Frage gestellt wird, droht eine weitere Verschärfung der Bankenkrise. EZB-Direktor Asmussen (SPD) erklärt, es gebe keine Alternative zum Zugriff auf die Spareinlagen, weil man in

Zypern die Gläubiger nicht fassen könnte. Wird das ein Vorbild für künftige Hilfspakete und Krisenbearbeitung?

DIE LINKE fordert die kontrollierte Schrumpfung und strikte Regulierung des Bankensektors, das »isländische Modell«: Die alten Banken gehen in Konkurs. Die Konten der zypriotischen Bürger müssen auf neue und gesunde Banken übertragen werden. Wir fordern eine einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro. Damit sie durchgesetzt werden kann, müssen hohe Einlagen eingefroren werden.

Kürzungspakete auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit lehnen wir ab. Sie führen Europa tiefer in die Krise. Wir werden auch dieses Mal im Bundestag gegen die geplanten Maßnahmen stimmen. Privatisierung der öffentlichen und staatlichen Unternehmen haben in die Krise geführt und sind keine Gegenmittel.

DIE LINKE steht für den Einstieg in eine andere Wirtschaftspolitik. Die Ursachen der Krise – Umverteilung von unten nach oben, Deregulierung und Privatisierung – müssen wirksam bekämpft werden: Mit Investitionen in soziale Dienstleistungen, sozial-ökologischen Umbau und Infrastruktur. Mit einem Programm gegen Lohn-dumping und Privatisierung öffentlichen Eigentums. Für ein solidarisches Europa.

Auf den Punkt gebracht.
20. März 2013

V.i.S.d.P. Matthias Höhn

bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Mehr Infos und Abo unter: www.die-linke.de

DIE LINKE.